

Große Anfrage

der Fraktion der CDU

und

Antwort

der Landesregierung

Entwicklungszusammenarbeit aus Baden-Württemberg

Große Anfrage

Wir fragen die Landesregierung:

I. Schwerpunkte der Entwicklungszusammenarbeit

1. welchen Stellenwert die Entwicklungszusammenarbeit in den vergangenen Jahren in Baden-Württemberg in der Landespolitik eingenommen hat, welche Schwerpunkte hierbei gebildet wurden und wie diese durch die Landesregierung koordiniert wird;
2. welches Leitbild der Arbeit auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit zugrunde lag und wie deren Erfolge bewertet werden;

II. Kirchliches, bürgerschaftlich partnerschaftliches und wirtschaftliches Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit aus dem Land

3. welche kirchlichen, bürgerschaftlichen und kommunalen Initiativen und welches entwicklungspolitische Engagement aus der Wirtschaft der letzten 10 Jahre sind der Landesregierung bekannt, welche Schwerpunkte zeichnen die Arbeit dieser Initiativen aus;
4. welche Projekte in welchen Ländern durch die unter Punkt 3 genannten Handelnden unterstützt wurden und wie diese gegebenenfalls koordiniert und vernetzt wurden;
5. in welchen Einrichtungen und Verbänden diese zusammengeschlossen sind, welche Aufgaben diese wahrnehmen und wie sich diese finanzieren;
6. welches entwicklungspolitische Engagement es zwischen Kommunen, Kirchen, Schulen und Universitäten, mit welchen Partnerorganisationen und in welchen Ländern gibt, und welche Arbeitsschwerpunkte dieses hat;

III. Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) und Landesstiftung Baden-Württemberg

7. welche Aufgaben und Schwerpunkte die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg in den vergangenen 10 Jahren durch ihre Arbeit wahrgenommen hat, welche Projekte sie unterstützt hat und wie diese finanziert wurden;
8. welche Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit durch die Landesstiftung Baden-Württemberg gefördert und unterstützt wurden;

IV. Entwicklungszusammenarbeit im Geschäftsbereich der Ministerien

9. welche Ministerien mit welchen Haushaltsansätzen welche Projekte, Aufgaben, Maßnahmen und Programme in den vergangenen zehn Jahren auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit durchgeführt und finanziert haben und welche Schwerpunkte hierbei gebildet wurden;
10. welche Rolle die Entwicklungszusammenarbeit in den einzelnen Ressorts innehat und wie sie koordiniert und aufeinander abgestimmt wurde;

V. Projekte der Entwicklungszusammenarbeit des Bundes und der Europäischen Union

11. welche Projekte der Entwicklungszusammenarbeit durch welche Träger aus Baden-Württemberg mit Unterstützung des Bundes oder der Europäischen Union in den vergangenen zehn Jahren durchgeführt wurden;

VI. Perspektiven der Entwicklungszusammenarbeit

12. welche zukünftigen Schwerpunkte die Landesregierung im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit in den nächsten Jahren umsetzen will und welche Finanzierungsmittel hierfür zur Verfügung stehen;
13. inwieweit Aspekte der Entwicklungszusammenarbeit, der Globalisierung und Nachhaltigkeitsfragen in künftige Strategien und Handlungen einfließen;
14. wie diese Maßnahmen unter Beteiligung der oben genannten Akteure koordiniert und abgestimmt werden sollen;
15. welche besondere Verbindung zwischen Baden-Württemberg und dem afrikanischen Land Burundi besteht und ob die Zusammenarbeit nach der Beendigung der innenpolitischen Krise künftig einen besonderen Schwerpunkt erhalten soll.

07.05.2007

Mappus
und Fraktion

Begründung

In Baden-Württemberg gibt es traditionell ein großes Engagement kirchlicher und bürgerschaftlicher Gruppen auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit. Neben den Maßnahmen der Landesregierung hat insbesondere die Stiftung Entwicklung-Zusammenarbeit Baden-Württemberg in der Vergangenheit landesweit viele Initiativen und Gruppen koordiniert, vernetzt und unterstützt. Diese Große Anfrage soll eine Bestandsaufnahme der Arbeit der letzten zehn Jahre schaffen und das künftige Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit aufzeigen.

Antwort

Schreiben des Staatsministeriums vom 26. Juli 2007 Nr. V:

In der Anlage übersende ich unter Bezugnahme auf § 63 der Geschäftsordnung des Landtags die von der Landesregierung beschlossene Antwort auf die Große Anfrage.

Stächele

Minister für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums
und für europäische Angelegenheiten

Anlage: Schreiben des Wirtschaftsministeriums

Mit Schreiben vom 19. Juli 2007 Nr. 6-3502.2/30 beantwortet das Wirtschaftsministerium im Namen der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Staatsministerium, dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, dem Umweltministerium, dem Ministerium für Arbeit und Soziales, dem Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum sowie dem Finanzministerium die Große Anfrage wie folgt:

I. Schwerpunkte der Entwicklungszusammenarbeit*1. welchen Stellenwert die Entwicklungszusammenarbeit in den vergangenen Jahren in Baden-Württemberg in der Landespolitik eingenommen hat, welche Schwerpunkte hierbei gebildet wurden und wie diese durch die Landesregierung koordiniert wird;*

Die Entwicklungszusammenarbeit ist seit vielen Jahren ein fester Bestandteil des politischen Handelns der Landesregierung. Die Grundlagen hierfür sind durch das Grundgesetz, die Landesverfassung sowie durch die Landesgesetze vorgegeben. Nach wie vor sieht die Landesregierung in der Entwicklungszusammenarbeit eine wichtige Aufgabe, die vorrangig von der Bundesregierung wahrgenommen, aber von den Ländern entsprechend einem Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 3./4. Mai 1962 im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und nach deren finanziellen und politischen Möglichkeiten mitgetragen und unterstützt wird. Mit Beschlüssen vom 28. Oktober 1988, 1. Dezember 1994 und 9. Juli 1998 bekräftigten die Ministerpräsidenten die Bereitschaft zur Fortsetzung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern. Baden-Württemberg führt die Entwicklungszusammenarbeit danach als freiwillige Aufgabe durch und trifft finanzielle sowie andere Verpflichtungen in diesem Bereich in eigener Entscheidung nach dem Grundsatz der „Hilfe zur Selbsthilfe“. Für die aktuelle Legislaturperiode ist die Fortsetzung der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Kooperation mit ausgewählten Partnern in Entwicklungs- und Schwellenländern in der Koalitionsvereinbarung 2006 bis 2011 festgeschrieben.

In den vergangenen Jahren setzte die Landesregierung mit bildungspolitischen Maßnahmen einen landesspezifischen Schwerpunkt. Sie förderte vor allem Maßnahmen dieser Art im Rahmen von wissenschaftlichen Kooperationen mit Entwicklungsländern im Hochschul- und Forschungsbereich, im schulischen und außerschulischen Bildungsbereich sowie im Bereich der beruflichen Bildung. Daneben unterstützte die Landesregierung die entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit in Baden-Württemberg und war in zahlreichen überregionalen Gremien der Entwicklungszusammenarbeit vertreten. Außerdem maß die Landesregierung Maßnahmen, welche dem Umwelt- und Ressourcenschutz in Entwicklungsländern dienen, besondere Bedeutung zu.

Die Koordination der einzelnen Maßnahmen erfolgte durch das Wirtschaftsministerium als Koordinierungsstelle der Landesregierung für Fragen der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern. Dieses berichtete in regelmäßigen Abständen im „Entwicklungspolitischen Bericht“ über die Aktivitäten des Landes. Der letzte „Entwicklungspolitische Bericht“ wurde für die Jahre 2001 bis 2005 im Frühjahr 2007 vorgelegt und dem Landtag von Baden-Württemberg übersandt.

2. welches Leitbild der Arbeit auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit zugrunde lag und wie deren Erfolge bewertet werden;

Grundlagen für die Entwicklungspolitik des Landes Baden-Württemberg war das vom Ministerrat am 10. März 1992 verabschiedete entwicklungspolitische Leitbild, das auf den unter Ziffer 1 genannten Beschlüssen der Ministerpräsidenten basiert.

Das Leitbild ging von einer Entwicklungspolitik aus, die

- die Lebensqualität der Menschen in Entwicklungsländern in umfassender Weise zu verbessern hilft,

- die freiheitliche Entfaltung der Bevölkerung unterstützt,
- die Verbesserung der politischen, wirtschaftlichen und sozio-kulturellen Rahmenbedingungen in Entwicklungsländern nachhaltig fördert,
- die Traditionen und Kulturen der Entwicklungsländer berücksichtigt,
- bildungspolitische Maßnahmen in den Mittelpunkt stellt,
- die Entwicklung der Privatwirtschaft und Maßnahmen zum Schutz der Umwelt fördert,
- die Zusammenarbeit mit den Nichtregierungsorganisationen des Landes weiterentwickelt sowie
- die Akzeptanz der Entwicklungspolitik in der Öffentlichkeit des Landes steigert.

Die jüngsten Leitlinien des entwicklungspolitischen Handelns Baden-Württembergs sind die Ziele der Millenniumserklärung, die auf der Grundlage der UN-Charta des sogenannten „Millenniumsgipfels“ vom September 2000 in New York basieren. In der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland, gemeinsam Ziele wie Frieden, Sicherheit, Menschenrechte, Demokratie, Entwicklung, Armutsbeseitigung und Umweltschutz zu verfolgen. Baden-Württemberg steht hinter den Zielen der Millenniumserklärung und wird sich hieran orientieren.

Die Erfolge der Entwicklungszusammenarbeit der letzten Jahre sind auf zwei Ebenen zu sehen: Zum einen konnte mit gezielten Projekten in Entwicklungsländern Unterstützung vor Ort geleistet werden. Zum anderen wurde im Inland die breite Öffentlichkeit durch ein vielfältiges Informations- und Bildungsangebot an der entwicklungspolitischen Debatte beteiligt und über globale Zusammenhänge aufgeklärt.

II. Kirchliches, bürgerschaftlich partnerschaftliches und wirtschaftliches Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit aus dem Land

3. welche kirchlichen, bürgerschaftlichen und kommunalen Initiativen und welches entwicklungspolitische Engagement aus der Wirtschaft der letzten 10 Jahre sind der Landesregierung bekannt, welche Schwerpunkte zeichnen die Arbeit dieser Initiativen aus;

4. welche Projekte in welchen Ländern durch die unter Punkt 3 genannten Handelnden unterstützt wurden und wie diese gegebenenfalls koordiniert und vernetzt wurden;

Zu 3. und 4.:

Erfreulicherweise verfügt Baden-Württemberg über ein sehr lebendiges und vielfältiges Netz engagierter Akteure, das mit seinem großen ehrenamtlichen Engagement bundesweit Vorbildcharakter hat. Die vielen Initiativen sind der Landesregierung nur zum Teil bekannt. Daher handelt es sich stets nur um eine beispielhafte Benennung.

- kirchliche Initiativen:

Der Landesregierung sind die Initiativen der vier großen Kirchen in Baden-Württemberg in ihren wesentlichen Zügen bekannt.

So wandten die beiden katholischen Diözesen Freiburg und Rottenburg-Stuttgart im Zeitraum 1997 bis 2006 ca. 500 Mio. € für Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit auf. Der größte Teil floss davon in Initiativen der katholischen Hilfswerke Adveniat, Caritas International, Kindermissionswerk, Misereor, Missio und Renovabis. Aber auch eigene Projekte wurden hiermit finanziert sowie ein weiterer erheblicher Teil an den „Verband der Diözesen in Deutschland“

(VDD) abgeführt. Sektorale wurden diese Mittel vor allen Dingen eingesetzt für kirchliche Infrastrukturmaßnahmen, Bildungsarbeit, Grundbedürfnisbefriedigung sowie Gesundheits- und Sozialarbeit. Neben der finanziellen Entwicklungszusammenarbeit erfolgte eine personelle Entwicklungszusammenarbeit durch die Tätigkeit zahlreicher Missionare, Entwicklungshelfer und junger Erwachsener im Rahmen eines weltkirchlichen Freiwilligendienstes. Des Weiteren initiierten die katholischen Diözesen weltweite Partnerschaften und leisteten entwicklungspolitische Inlandsarbeit.

Von den katholischen Diözesen in Baden-Württemberg wurden zahlreiche Projekte der Entwicklungszusammenarbeit in zahlreichen Ländern durchgeführt, teils über die katholischen Hilfswerke, teils über den VDD sowie teils in eigener Regie. Auch mannigfache personelle Einsätze erfolgten weltweit. Für das partnerschaftliche Engagement soll als Einzelbeispiel die Peru-Partnerschaft der Diözese Freiburg erwähnt werden, welche einen basisnahen Kontakt zwischen ca. 150 Pfarrgemeinden auf beiden Seiten beinhaltet.

Die beiden evangelischen Landeskirchen stellten in den letzten Jahren über Oikocredit, einem der größten ethisch-ökologischen Investmentfonds Europas, 30 Mio. € für Kredite an Genossenschaften und Unternehmen benachteiligter Menschen in Entwicklungsländern zur Verfügung. Darüber hinaus erbrachten sie rund 16 Mio. € für die Initiative „Brot für die Welt“, Missionsprojekte und Partnerprojekte in Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa. 2007 stellen die evangelischen Landeskirchen etwa 14 Mio. € für den kirchlichen Entwicklungsdienst bereit, 333.000,- € sollen in Aids-Projekte fließen. Die evangelischen Landeskirchen gehen davon aus, dass Entwicklung nur durch Schaffung gerechter Wirtschaftsbedingungen erreicht werden kann und sehen einen thematischen Schwerpunkt in der Gestaltung fairer Handelsbedingungen. Darüber hinaus erbringen sie ein großes basisorientiertes Engagement in Krisengebieten über ihr regionales Missionswerk in Südwestdeutschland (EMS). Inländisch fokussieren sie in besonderem Maße die entwicklungspolitische Bildungsarbeit durch spezielle Einrichtungen.

Auch durch die evangelischen Landeskirchen wurde eine Vielzahl von Entwicklungsprojekten durchgeführt. Einzelfallbezogen sollen beispielhaft für ihr Engagement in Krisengebieten die Jahresprojekte des Evangelischen Missionswerkes in Südwestdeutschland (EMS) erwähnt werden, die sich bestimmten Konfliktfeldern wie der interreligiösen Versöhnungsarbeit („Fischen versöhnt“), der nachhaltigen Bildung und Erziehung zum Frieden und zu Gerechtigkeit („Jedes Mädchen ist ein Segen ...“), dem Schutz der Schutzlosesten im Kinderkrankenhaus in Gaza und der Gewaltprävention in Ghana („Peacemakers-Friedensstifter“) widmen. Für das inländische Engagement sei beispielhaft das mit Unterstützung des Wirtschaftsministeriums durchgeführte Studienbegleitprogramm (STUBE) genannt, welches Studierenden aus Afrika, Asien und Lateinamerika zu einer entwicklungsbezogenen Kompetenz verhilft und im Heimatland von Nutzen ist.

– bürgerschaftliche Initiativen:

In Baden-Württemberg engagieren sich ca. 1.000 Nicht-Regierungsorganisationen entwicklungspolitisch. Sie leisten nicht nur Lobbyarbeit für entwicklungspolitische Belange im Land, sondern führen auch eigene Projekte ganz unterschiedlicher Art durch. Zu diesen bürgerschaftlichen Initiativen zählen beispielsweise die Weltläden und Aktionsgruppen des fairen Handels. Ziel der Weltläden und Aktionsgruppen ist es, zu mehr Gerechtigkeit in den Handelsbeziehungen zwischen den Ländern des Südens und des Nordens beizutragen. Um dieses Ziel zu erreichen, verkaufen Weltläden Produkte aus fairem Handel, beteiligen sich an politischen Kampagnen und leisten Informations- und Bildungsarbeit zu Fragen des fairen Handels. Der Landesregierung ist bekannt, dass in Baden-Württemberg ca. 200 Weltläden existieren (von bundesweit 800). Träger sind in aller Regel Vereine.

Durch die Weltläden werden zahlreiche Projekte unterstützt, welche sich mit dem Import von Produkten aus Entwicklungsländern zu fairen Preisen und Konditionen befassen. So wurde z.B. 1988 von mehreren Weltläden der Region Oberschwaben die dritte-welt partner GmbH gegründet mit dem Ziel des fairen Han-

dels. Die dritte-welt partner Gmbh hat inzwischen partnerschaftliche Handelsbeziehungen mit mehr als 60 Produzentengruppen in 30 Entwicklungsländern hergestellt mit dem Ziel, die sozialen und ökonomischen Lebensbedingungen von zehntausenden in den Produzentengruppen zusammengeschlossenen Produzent/-innen und Kleinbauer/-innen zu verbessern.

– kommunale Initiativen:

Der Landesregierung sind zahlreiche kommunale Initiativen im Rahmen der „Lokalen Agenda 21“ bekannt. Diese gehen auf die „Agenda 21“ zurück, ein Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert, welches auf der Konferenz der Vereinten Nationen zum Thema Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro verabschiedet wurde und zur Umsetzung einer global nachhaltigen Entwicklung beitragen soll. In Kapitel 28 der Rio-Agenda werden die Kommunen ausdrücklich aufgefordert, die „Agenda 21“ zur Grundlage des zukünftigen Handelns zu machen. Vor diesem Hintergrund haben seither bis zur letzten Erhebung am 23. April 2004 361 von 1.110 Gemeinden in Baden-Württemberg (33 %) sowie 13 von 35 Landkreisen (37 %) Beschlüsse zur „Lokalen Agenda 21“ gefasst. Damit zählt Baden-Württemberg zu einem der stärksten Bundesländer im Rahmen der Agenda-Aktivitäten, welche maßgeblich durch das im Jahre 1998 bei der Landesanstalt für Umweltschutz eingerichtete „Agenda-Büro“ unterstützt werden.

Die Beschlüsse beinhalten vorrangig lokale Aktionsprogramme innerhalb der einzelnen Gemeinde bzw. dem Landkreis, bspw. die Einführung eines speziellen fair gehandelten Kaffees im jeweiligen Bezirk wie dem „Cafe Friederico“ in Friedrichshafen oder dem „Cafe Libertad“ im Ostalbkreis. Sie gehen zum Teil jedoch auch darüber hinaus und initiieren Partnerschaftsprojekte mit Kommunen und Städten in Entwicklungsländern, welche der Landesregierung im Einzelnen nicht bekannt sind.

– entwicklungspolitisches Engagement in der Wirtschaft:

Mit der fachlichen und organisatorischen Unterstützung des Wirtschaftsministeriums wurde die Initiative „Profit mit Moral – Unternehmer als Entwicklungshelfer“ des DNWE-Regionalforums Baden-Württemberg ins Leben gerufen. Ziel des DNWE (Deutsches Netzwerk Wirtschaftsethik) ist es, den Austausch von Gedanken und Ideen über ethische Fragen des Wirtschaftens zu fördern und wirtschaftliches Handeln ethisch zu orientieren, um zur Lösung von moralischen Konfliktsituationen im wirtschaftlichen Wettbewerb beizutragen. Zu diesem Zweck fördert und unterstützt das DNWE alle Anstrengungen von Unternehmen, Verbänden und Institutionen, die auf die praktische Umsetzung moralischer Grundsätze und Ansprüche in Wirtschaftsfragen abzielen. Bundesweit hat das DNWE 450 Mitglieder, dem Regionalbüro Baden-Württemberg gehören 85 Mitglieder an.

Das DNWE-Regionalforum Baden-Württemberg präsentiert in Informationsveranstaltungen und Medienberichten Unternehmen, die aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen in Entwicklungsländern investieren. Deren Erfahrungen sollen anderen Unternehmen zugute kommen und zur Übernahme sozialer Verantwortung ermutigen. Aus der Initiative resultieren keine Projekte im Ausland.

Zu der „Südliches Afrika Initiative der Deutschen Wirtschaft“ (SAFRI) haben sich 500 deutsche Unternehmen zusammengeschlossen, darunter nach Wissen der Landesregierung zahlreiche Firmen aus Baden-Württemberg. Vorrangige Ziele der SAFRI sind das Werben für Investitionen deutscher Unternehmen im südlichen Afrika, die Förderung und Entwicklung eines eigenständigen Unternehmertums vor Ort und damit die Stärkung der Konkurrenzfähigkeit des Standortes „Südliches Afrika“. Durch Joint Ventures, Netzwerkbildung, Ausbildung sowie verstärkte Forschung und Entwicklung will die Initiative einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten.

Im Rahmen der „Südliches Afrika Initiative der Deutschen Wirtschaft“ werden vielfältige Projekte mit ganz unterschiedlichen Ansatzpunkten in dieser Region durchgeführt. Beispielhaft seien die SAFRI-Workshops für Manager genannt, welche spezielle Fortbildungskurse für Führungskräfte anbieten. Bis jetzt fanden Workshops dieser Art in Lesotho, Simbabwe, Südafrika, Malawi und Swasiland statt.

Darüber hinaus sind der Landesregierung die nachfolgenden Aktivitäten der Industrie- und Handelskammern in Baden-Württemberg mit entwicklungspolitischem Bezug bekannt.

– IHK ProServ International:

Primäres Ziel der Ende 2005 von den baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern mit finanzieller Unterstützung des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg lancierten Initiative Projekt- und Procurementservice International (IHK ProServ International) ist es, einen Dialog mit den multilateralen und bilateralen Entwicklungsorganisationen herzustellen und dadurch bessere Möglichkeiten in Bezug auf die Akquise von Projekten für die baden-württembergische Wirtschaft zu eröffnen. Sekundär wird durch die Mitwirkung an Entwicklungsprojekten der Entwicklungsorganisationen durch baden-württembergische Unternehmen zugleich ein entwicklungspolitischer Beitrag erbracht.

Im Rahmen der Initiative erfolgten bislang vier Delegationsreisen mit Präsentationsveranstaltungen von Unternehmen bei multilateralen und bilateralen Entwicklungsorganisationen: 2004 Weltbank/UN-Einkaufsstandort Washington/New York, ebenso 2004 UN-Einkaufsstandort Kopenhagen, 2006 Weltbank/Interamerikanische Entwicklungsbank Washington/New York, 2007 Asiatische Entwicklungsbank/Weltbank Manila/Philippinen und Hanoi/Vietnam. Weitere Delegationsreisen sind für 2007/2008 geplant zur EuropeAid, Europäischen Investitionsbank (EIB), Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung nach London/Brüssel/Luxemburg sowie zur Afrikanischen Entwicklungsbank (AFDB) in Tunis/Tunesien.

– IHK-Mitarbeit im PPP-Kompetenzteam:

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) unterstützt seit 1999 im Rahmen der sogenannten Public-Private-Partnership (PPP)-Fazilität Entwicklungspartnerschaften mit der Privatwirtschaft in Transformations- und Entwicklungsländern. Um die Wirtschaft – insbesondere auch kleinen und mittleren Unternehmen – mit den vielseitigen Möglichkeiten des PPP-Programms vertraut zu machen, wurde 2003 auf Initiative des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) das PPP-Kompetenzteam eingerichtet, dem auch die IHK Region Stuttgart angehört. Das PPP-Kompetenzteam dient als wichtige Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit. Ziel dieser Plattform ist es, über die neuesten Entwicklungen im Bereich PPP zu informieren und den Dialog mit den Durchführungsorganisationen zu verbessern.

– Kammerpartnerschaftsprojekte:

Im Rahmen eines vom BMZ geförderten und von der SEQUA gGmbH – Partner der deutschen Wirtschaft – betreuten Programms zur Entwicklung und Stabilisierung wirtschaftlicher Strukturen in Entwicklungs- und Schwellenländern führen die IHK Rhein Neckar und die IHK Region Stuttgart Partnerschaftsprojekte mit ausländischen Partnerkammern durch. Ziel dieser Kammerzusammenarbeitsprojekte ist es, durch die Förderung und den gegenseitigen Kontakt die Industrie- und Handelskammern in Entwicklungs- und Schwellenländern bei der Umstrukturierung und Neuorganisation zu unterstützen und damit zugleich die Etablierung marktwirtschaftlicher Strukturen zu fördern.

Kammerpartnerschaftsprojekte kamen in drei Fällen zustande. Die IHK Rhein-Neckar hat von 1993 bis 2000 mit der Handels- und Industriekammer der Ukraine ein Kammerpartnerschaftsprojekt durchgeführt, das zu einer wesentlichen Verbesserung der Struktur und Ausrichtung der Kammer in der Ukraine geführt hat. Das Gleiche gilt für ein Projekt, das die IHK Region Stuttgart von 1999 bis 2003 mit der Kammer für Außenhandel in Cordoba/Argentinien durchführte und welches 2003 bis 2006 auf zwei weitere Kammern für Außenhandel in Santa Fe und Entre Rios sowie der Dachorganisation der argentinischen Kammern für Außenhandel ausgeweitet wurde. Zurzeit besteht ein Partnerschaftsprojekt zwischen der IHK Region Stuttgart und der bolivianischen Kammer für Handel, Industrie und Tourismus in Santa Cruz de la Sierra.

Schließlich ist der Landesregierung bekannt, dass auch einzelne Handwerkskammern in Baden-Württemberg Aktivitäten mit entwicklungspolitischem Bezug unternehmen. So plant die Handwerkskammer Karlsruhe gemeinsam mit der SRH Hochschule Karlsruhe gegenwärtig, ein integriertes Studiensystem an einer Hochschule in China, der South East University Nanjing, zu entwickeln und aufzubauen. Begonnen werden soll dabei mit den Studiengängen Elektrotechnik und Maschinenbau/Elektriker, Kfz-Mechanik sowie Mechatronik als Kammerausbildung. Dem chinesischen Partner liegt derzeit für die erste Phase ein Beratungsangebot der baden-württembergischen Seite vor. Das Projekt dient primär dazu, baden-württembergischen Unternehmen in China einen besseren Zugriff auf nach deutschen Maßstäben ausgebildete Fachleute zu ermöglichen. Sekundär wird zugleich ein Beitrag zur Verbesserung der oftmals unzulänglichen universitären Ausbildung in China und Qualifizierung der Absolventen geleistet.

5. in welchen Einrichtungen und Verbänden diese zusammengeschlossen sind, welche Aufgaben diese wahrnehmen und wie sich diese finanzieren;

Die bürgerschaftlichen und kommunalen Initiativen sind zum Teil in dem Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e. V. (DEAB) zusammengeschlossen. Dieser wurde 1975 gegründet und hat inzwischen 115 Mitgliedsgruppen. Es handelt sich dabei um lokale entwicklungspolitische Arbeitskreise (19), Trägervereine von Weltläden (81), kommunale und bundesweite Netzwerke (3) sowie Einrichtungen der entwicklungspolitischen Projekt- und Bildungsarbeit (12). Seine Aufgabe sieht der DEAB in der Vernetzung und Förderung seiner Mitgliedsgruppen, in Kooperationsprojekten der entwicklungspolitischen Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit sowie Kampagnen und Lobbyarbeit.

Daneben existieren nach Wissen der Landesregierung folgende weitere Einrichtungen und Verbände der Entwicklungszusammenarbeit in Baden-Württemberg:

- Entwicklungspädagogisches Informationszentrum (EPIZ) in Reutlingen,
- Forum für internationale Entwicklung und Planung (finep) in Esslingen,
- Kommunale Netzwerke Mannheim, Heidelberg und Freiburg,
- Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung (KATE) in Stuttgart,
- Landesarbeitskreis Schule für Eine Welt (LAK) in Reutlingen,
- Oikocredit Förderkreis Baden-Württemberg in Stuttgart,
- Werkstatt Ökonomie in Heidelberg sowie das
- Zentrum Entwicklungsbezogene Bildung (ZEB) der Evangelischen Landeskirche in Stuttgart.

Der DEAB sowie die meisten aufgelisteten Organisationen in Baden-Württemberg finanzieren sich durch Mittel des Evangelischen Entwicklungsdienstes, der Katholischen Fonds, der Landesstiftung Baden-Württemberg, des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Europäischen Union. Daneben erhalten sie Mittel von Kommunen, Stiftungen privaten Spendern. Schließlich erzielen sie Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen und Dienstleistungen.

6. welches entwicklungspolitische Engagement es zwischen Kommunen, Kirchen, Schulen und Universitäten, mit welchen Personenorganisationen und in welchen Ländern gibt, und welche Arbeitsschwerpunkte dieses hat;

Der Landesregierung ist bekannt, dass die Kommunen des Landes Baden-Württemberg vereinzelt partnerschaftliche Beziehungen zu Entwicklungsländern unterhalten. Nach Wissen der Landesregierung entfallen von etwa 500 städtischen und kommunalen Partnerschaftsbeziehungen ca. 20 auf Entwicklungsländer, namentlich in Afrika, Asien und Lateinamerika. Partnerschaften mit Kommunen und Städten in Entwicklungsländern haben ihren ganz eigenen Charakter. Oft erwartet der Partner im Süden konkrete Unterstützung bei der Verbesserung der Lebensumstände. Infolgedessen werden in unterschiedlichem Umfang Spenden und

Sachmittel transferiert. Darüber hinaus sind gegenseitige Begegnungen und der Austausch über kommunale Aufgaben wie Bildung, Gesundheitswesen, Wasser, Abfall und Verkehr von hoher Wichtigkeit.

Die Zahl der Kirchenpartnerschaften ist demgegenüber deutlich höher. Er wird auf mehrere Hundert geschätzt. Allein im Erzbistum Freiburg existieren – wie bereits unter Punkt II Ziffer 3 erwähnt – 150 Partnerschaften mit Kirchengemeinden in Peru. Die genaue Zahl ist der Landesregierung nicht bekannt, da die aktiven Kirchengemeinden selten untereinander vernetzt oder verbindlich an eine gemeinsame Stelle angebunden sind. Kirchenpartnerschaften bestehen zumeist auf der Ebene der Kirchengemeinden, wobei hier in aller Regel ein Ausschuss des Kirchengemeinderates für die Partnerschaft zuständig ist.

Bezüglich der Schulen kann festgestellt werden, dass in jüngster Zeit das Interesse an einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen baden-württembergischen Schulen und solchen in Entwicklungsländern stark zugenommen hat. Schwerpunkte dieser Entwicklungszusammenarbeit sind die Bildungsarbeit zum Entwicklungsland an den heimischen Schulen, der Austausch zwischen den Schülern sowie die Förderung von Kleinprojekten an der Partnerschule in Übersee. Beispielhaft sei hier eine im Jahr 2000 gegründete Schulpartnerschaft zwischen dem Droste-Hülshoff-Gymnasium in Freiburg und der St. Denis S. S. S., Makondo in Uganda erwähnt, deren Schwerpunkt im Austausch von Informationen über die beiden Schulen und Länder liegt. Dieses Modell einer Schulpartnerschaft steht als Beispiel für viele (insgesamt ca. 60).

Die neun Universitäten Baden-Württembergs sind seit jeher entwicklungspolitisch stark engagiert, wobei hier der gegenseitige Wissenstransfer im Vordergrund steht. Hinsichtlich der Aktivitäten der einzelnen Universitäten wird auf die Antwort der Landesregierung zur Großen Anfrage der Fraktion der FDP/DVP „Entwicklungszusammenarbeit im Wandel“ vom 19. Juni 2002 zu Punkt D Ziffer 2 verwiesen (Drucksache 13/1093).

III. Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) und Landesstiftung Baden-Württemberg

7. welche Aufgaben und Schwerpunkte die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg in den vergangenen 10 Jahren durch ihre Arbeit wahrgenommen hat, welche Projekte sie unterstützt hat und wie diese finanziert wurden;

Die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) versteht sich seit ihrer Gründung im Jahr 1991 als Ansprechpartner und Servicestelle für alle entwicklungspolitisch Interessierten und Engagierten in Baden-Württemberg. Rund 700 Einzelpersonen sowie Vertreter von Initiativen nehmen dieses Angebot seither jährlich in Form von Beratungen, z. B. zu Vereinsgründungen, Projektantragstellungen, Praktika in Entwicklungsländern oder dem Aufbau von Partnerschaften, in Anspruch. Darüber hinaus nutzen zahlreiche Personen den Service der Internet-Plattform der SEZ, welche die Möglichkeit eröffnet, sich zu präsentieren, Veranstaltungen bekannt zu geben und Kontakte aufzunehmen.

Eine wichtige Aufgabe in diesem Zusammenhang ist der Aufbau von Netzwerken zwischen den entwicklungspolitisch Engagierten zum Informations- und Erfahrungsaustausch sowie zur Weiterbildung. Aus diesem Grunde begleitet die SEZ auch verschiedene, halbjährlich tagende Arbeitskreise zu ausgewählten Ländern und Themen.

Zur Erfüllung der weiteren Aufgabe der entwicklungspolitischen Bewusstseinsbildung führt die Stiftung seit ihrer Gründung jährlich zahlreiche Tagungen, Vorträge, Kongresse, Symposien und Seminare zu entwicklungspolitisch relevanten Themen durch. Für die Engagierten in der Entwicklungszusammenarbeit erfolgen Fortbildungs- und Professionalisierungs-Seminare, bspw. zu den Themen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit oder Marketing im Weltladen. Im Jahr kommt es durchschnittlich zu 45 solcher Veranstaltungen der Informations- und Bildungsarbeit.

Einen thematischen Schwerpunkt hat die SEZ seit jeher dem fairen Handel gewidmet. Aus diesem Grund führt sie bereits seit 1994 Seminare zur Professionalisierung von Mitarbeiter/-innen durch, welche im Handel tätig sind. Im Jahr 2005 initiierte die SEZ die erste bundesweite „Fair Handelsmesse“, im Jahr 2006 die zweite. Eine Fortsetzung ist geplant. Die „Fair Handelsmesse“ dient nicht nur der Bewusstseinsbildung auf Konsumentenseite. Als Branchentreff fördert sie zugleich den gegenseitigen Austausch und die Kooperation auf Importeurseite.

Darüber hinaus hat sich die SEZ im Rahmen ihrer Aufgabe der entwicklungspolitischen Bewusstseinsbildung seit langem dem Thema „Eine Welt“ in besonderem Maße gewidmet. Vor diesem Hintergrund hat sie nicht nur zahlreiche Eine-Welt-Tage initiiert, sondern auch erst jüngst im Jahre 2006 die Initiative „Meine Welt. Deine Welt. Eine Welt.“ ins Leben gerufen. Alle Kommunen sowie kirchliche, bürgerschaftliche und private Initiativen im Land werden hiermit angesprochen und eingeladen, sich mit lokalen Eine-Welt-Aktivitäten zu beteiligen. Auch im Bildungs- und Schulbereich ist das Thema „Eine Welt“ ein wesentlicher Schwerpunkt.

Die SEZ hat seit 1991 über 2 Mio. € Spenden eingeworben und damit über 300 Auslandsprojekte sowie über 250 entwicklungspolitische Inlandsprojekte von Nicht-Regierungsorganisationen gefördert. In den letzten Jahren erhielt sie zudem 750.000,- € Sponsorengelder zur Durchführung von entwicklungspolitischen Veranstaltungen und Ausstellungen.

8. welche Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit durch die Landesstiftung Baden-Württemberg gefördert und unterstützt wurden;

Die Landesstiftung Baden-Württemberg fördert und unterstützt die nachfolgend genannten Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit, wobei einige bereits seit längerem laufen, andere hingegen gerade beginnen.

Mit einem Finanzvolumen von 1,7 Mio. € fördert sie jährlich seit 2001 (mit offenem Ende) im Rahmen des Programms „Entwicklungszusammenarbeit“ einzelne, modellhafte Projekte der Entwicklungszusammenarbeit von Nicht-Regierungsorganisationen im Ausland, wobei die administrative Abwicklung durch die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit erfolgt.

Mit dem Programm „Entwicklungspartnerschaft – Umwelt und Entwicklung“ unterstützt sie seit 2003 (ebenso mit offenem Ende) ein Projekt des Umweltministeriums mit dem Ziel der Verbesserung von Umwelt- und Klimaproblemen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Das Projekt ist mit insgesamt 1 Million € ausgestattet.

Ebenfalls dem Umweltschutz dient das Programm „Zukunft gestalten – Nachhaltigkeit lernen“, welches mit 500.000,- € ausgestattet und 2006 angelaufen ist. Dieses beinhaltet verschiedene Maßnahmen des Umweltministeriums zur nachhaltigen, umweltverträglichen Entwicklung mit einer Projektlaufzeit bis 2009.

Für Kirchenprojekte hat die Landesstiftung den katholischen Diözesen in Freiburg und Rottenburg-Stuttgart sowie den evangelischen Landeskirchen in Baden und Württemberg 500.000,- € zur Verfügung gestellt. Die Mittel sind zum großen Teil abgeflossen, der Projektablauf absehbar.

1 Mio. € dienen der Unterstützung eines Projektes verschiedener Träger, welches den Aufbau eines Gymnasiums mit einem Internat in Prizren/Kosovo von 2005 bis 2008 vorsieht (Programm „Gymnasium Prizren“).

Für die „Flutopferhilfe Südostasien“ hat die Landesstiftung im Jahr 2005 insgesamt 1,35 Mio. € zur Verfügung gestellt. Unterstützt werden damit namentlich Projekte zur mittel- und langfristigen Hilfe in Sri Lanka mit einer Projektlaufzeit bis 2009.

IV. Entwicklungszusammenarbeit im Geschäftsbereich der Ministerien

9. welche Ministerien mit welchen Haushaltsansätzen welche Projekte, Aufgaben, Maßnahmen und Programme in den vergangenen zehn Jahren auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit durchgeführt und finanziert haben und welche Schwerpunkte hierbei gebildet wurden;

Die in Baden-Württemberg im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit tätigen Ressorts haben in den vergangenen zehn Jahren schwerpunktmäßig folgende Projekte, Aufgaben, Maßnahmen und Programme mit den genannten Haushaltsansätzen bearbeitet:

– Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst:

Der Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst liegt seit jeher auf der Förderung von Maßnahmen der wissenschaftlichen Kooperation mit Entwicklungsländern im Bildungs- und Forschungsbereich. Dabei verstärkt das Wissenschaftsministerium in Absprache mit den Hochschulen des Landes zunehmend die Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen in den politisch und ökonomisch immer wichtiger werdenden Entwicklungs- und Schwellenländern – insbesondere in Asien, Südamerika und Afrika – vor allem im Rahmen bestehender Kooperationsvereinbarungen. In diesem Zusammenhang fördert das Wissenschaftsministerium Projekte der Hochschulen im Rahmen einer ergänzenden Finanzierung.

In Ostasien liegt der Schwerpunkt der Maßnahmen seit Jahren auf der Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China. Hier wird nicht nur der politische Dialog mit staatlichen Einrichtungen in Beijing und in den Provinzen Jiangsu und Hubei sowie in der Stadtregion Shanghai gepflegt. Es werden auch wissenschaftliche Projekte und der Austausch von Studierenden und Nachwuchswissenschaftlern im Rahmen von Hochschulpartnerschaften gefördert. Beispielhaft ist die in Kooperation mit der Max-Planck-Gesellschaft geförderte Zusammenarbeit des Wissenschaftsministeriums mit der Chinese Academy of Sciences und die Zusammenarbeit mit der Shanghai Science and Technology Commission im Bereich der Nano- und Biotechnologie (Haushaltsansatz Ostasien 2007: 816.000 €).

In jüngerer Zeit wurden im südostasiatischen Raum (Malaysia, Thailand, Vietnam, Indonesien) politische und wissenschaftliche Kontakte und Kooperationen aufgebaut und kontinuierlich ausgeweitet. Mit Malaysia besteht seit 1997 eine Regierungsvereinbarung zur Aufnahme von jährlich 50 Regierungsstipendiaten in ingenieurwissenschaftlichen Fächern an baden-württembergischen Fachhochschulen. Das entsprechende Memorandum hat eine vorläufige Laufzeit bis 2008. In Indonesien wurde mit baden-württembergischer Hilfe eine Berufsakademie in Malang aufgebaut. Ferner beteiligt sich die Fachhochschule Konstanz am Betrieb der Swiss-German University of Applied Sciences in Jakarta. Schließlich unterstützt das Wissenschaftsministerium das Projekt „Ausbildungsk Kooperation in Frauenheilkunde und Geburtshilfe“ der Universitätsfrauenklinik Freiburg im Rahmen des „Collaborating Center for Postgraduate Training in Reproductive Health“. Im Mittelpunkt des Projekts steht die Ausbildung von Ärzten und Hebammen in Frauenheilkunde und Geburtshilfe an Universitätskliniken, unter anderem in Vietnam (Ho-Chi-Minh-City, Hue und Hanoi) sowie in Laos und Myanmar. Die damit verbesserte Basisgesundheitsversorgung trägt als eine der wichtigsten Säulen zu dem in den „Millennium Development Goals“ der Vereinten Nationen verankerten Ziel der Senkung der mütterlichen und kindlichen Sterblichkeit bei (Haushaltsansatz Südostasien 2007: 319.000 €).

Für die Zukunft ist vorgesehen, in Südasien den wissenschaftlichen Dialog mit dem wichtigen Schwellenland Indien auszubauen und zu institutionalisieren. Wichtiger Akteure ist hier das Südasien-Institut der Universität Heidelberg (SAI). Das Wissenschaftsministerium finanziert eine Gastprofessur aus Indien am SAI (Haushaltsansatz Südasien 2007: 10.000 €).

In Südamerika konzentrieren sich die Maßnahmen auf Brasilien und Chile. Mit dem Bundesstaat Rio Grande do Sul in Brasilien besteht eine Regierungsverein-

barung zur Unterstützung der biologischen Forschungsstation „Pro Mata“ (Aufzucht von Aurakarie), die die Universität Tübingen zusammen mit der Partneruniversität in Porto Alegre eingerichtet hat. In die Aktivitäten sind auch die Hochschule Rottenburg und das Brasilien-Zentrum der Universität Tübingen einbezogen. In Santiago de Chile wurde durch die Universität Heidelberg das Heidelberg Center for Latin America (HCLA) aufgebaut. Das HCLA bietet als erstes Graduierten- und Weiterbildungszentrum einer deutschen Universität außerhalb der Bundesrepublik Deutschland zusammen mit den chilenischen Partneruniversitäten, der Universidad Católica und der Universidad de Chile, Aufbau- und Promotionsstudiengänge sowie Weiterbildungsseminare (Certificados) für lateinamerikanische Graduierte an. Das HCLA hat sich als Plattform für Aktivitäten in Chile erfolgreich etabliert und koordiniert auch als Anlaufstelle Kooperationsprojekte der Hochschule Offenburg (Doppeldiplomstudiengang „Energy Economics“ zusammen mit der Universidad Técnica Federico Santa María in Valparaiso), der Filmakademie Baden-Württemberg sowie der Universität Karlsruhe (Haushaltsansatz Südamerika 2007: 321.000 €).

Auf dem afrikanischen Kontinent bestehen in Südafrika enge Verbindungen vor allem zu den Hochschulen in den Partnerprovinzen Western Cape (Kapstadt, Stellenbosch) und Kwazulu-Natal (Durban, Pietermaritzburg). Besonders hinzuweisen ist auf die Partnerschaft der Universität Ulm mit der Medical University of South Africa (MEDUNSA). In diesem Rahmen erhalten jährlich ca. 20 Ulmer Familien und Ärzte im praktischen Jahr die Möglichkeit der Weiterbildung in Südafrika. Umgekehrt vergibt die Universität Ulm jährlich ca. 6 Stipendien für überwiegend schwarzafrikanische Studierende der MEDUNSA für einen Aufenthalt am Universitätsklinikum, die unter anderem auch durch Fördergelder der DaimlerChrysler AG finanziert werden. Ein besonderer Schwerpunkt liegt in Ägypten auf der Förderung des Aufbaus und des Betriebs der „German University in Cairo“ (GUC), an der der DAAD sowie die Universitäten Stuttgart, Ulm und Tübingen durch personelle Unterstützungen und die Bereitstellung von Praktikumsplätzen für Undergraduate-Studierende und Bachelor-Absolventen beteiligt sind. In Namibia engagiert sich das Wissenschaftsministerium auf der Basis einer Regierungsvereinbarung beim Aufbau der „International Management and Foreign Trade Academy“ (IMFTA) am Polytechnic Windhoek nach dem Vorbild der Exportakademie Baden-Württemberg. Weitere Kontakte mit den Maghreb-Staaten wurden geknüpft. Mit Tunesien befindet sich eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft und Forschung im Aufbau (Universität Mannheim). In Burkina Faso unterhält die Universität Heidelberg im Rahmen des Sonderforschungsbereichs 544 „Control of Tropical Infectious Diseases“ eine Forschungsstation in Nouna. Die Maßnahme wird durch das Wissenschaftsministerium zusätzlich aus dem Forschungsschwerpunktprogramm gefördert. Die Grundfinanzierung erfolgt durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die Universität Heidelberg (Haushaltsansatz Afrika 2007: 344.000 €).

Schließlich wird die Entwicklungszusammenarbeit im Bereich des Wissenschaftsministeriums durch die Grundfinanzierung des Arnold-Bergstraesser-Instituts für kulturwissenschaftliche Forschung e. V. in Freiburg unterstützt. Die Vergabe von Stipendien an Hochschullehrer, Postgraduierte und Studierende aus Entwicklungsländern, die sich für eine begrenzte Zeit an einer baden-württembergischen Hochschule aufhalten, und für die Teilnahme an Sprachkursen an Einrichtungen des Goethe-Instituts Inter Nationes in Baden-Württemberg runden die Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit des Wissenschaftsministeriums ab (Haushaltsansatz allgemeine Entwicklungszusammenarbeit 2007: 770.000 €).

Im Einzelplan 14 – Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst (Kapitel 1406, Titelgruppe 92) waren in den letzten 10 Jahren folgende Haushaltsansätze für „Bildungshilfe für Entwicklungsländer“ ausgewiesen:

Haushaltsjahr	Gesamtjahresansatz
1997	6.020.000 DM
1998	5.469.700 DM
1999	6.292.800 DM
2000	4.717.200 DM
2001	4.726.900 DM
2002	2.321.600 €
2003	2.326.600 €
2004	2.360.600 €
2005	2.360.600 €
2006	2.330.600 €

– Ministerium für Kultus, Jugend und Sport:

Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport sieht seit jeher seinen Förderungsschwerpunkt im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit im schulischen und außerschulischen Bildungsbereich. Weitere Schwerpunkte liegen in der Mitarbeit und Vertretung in überregionalen Gremien der Entwicklungszusammenarbeit und in der gemeinsamen Arbeitsgruppe der Kultusministerkonferenz und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bei der Erarbeitung des „Orientierungsrahmens für den Lernbereich Globale Entwicklung im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung“ sowie der Mitwirkung bei der Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung 2005 bis 2014“. Die entwicklungspolitischen Aktivitäten des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport sind an dieser Schwerpunktsetzung orientiert.

Mit dem Internationalen Institut für Berufsbildung (IfB) in Mannheim leistet es seit 1962 einen wichtigen Beitrag zur entwicklungspolitischen Bildungsarbeit. Das Institut hat sich auf die Bereiche (umweltschonende) Kfz-Technologie, Management, Berufspädagogik und Medientechnologie spezialisiert und bildet Fach- und Führungskräfte, Multiplikatoren und Bildungsplaner aus Entwicklungsländern fort. Die Fortbildungskurse richten sich inhaltlich und organisatorisch an den Bedürfnissen der Zielländer aus und werden je nach Bedarf in Deutsch, Englisch oder in der jeweiligen Landessprache angeboten. Das Institut ist in seiner Art einzigartig in der Bundesrepublik. Die Kurse werden überwiegend im Auftrag von der gemeinnützigen GmbH Internationale Weiterbildung und Entwicklung (InWEnt) durchgeführt. Das Land Baden-Württemberg stellt die Leistungen des IfB im Umfang von jährlich rund 765.000,- € für Personal- und Sachkosten aus dem Einzelplan 04 sowie für Miet- und Bewirtschaftungskosten von jährlich rund 425.000,- € aus dem Einzelplan 12 unentgeltlich zur Verfügung.

Zudem wurden und werden jährlich bis zu 50 Lehrkräfte vorrangig aus dem Berufsschulwesen vom Land für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit beurlaubt. Das Land übernimmt dabei den Versorgungsanteil. Zusätzlich werden kurzfristig Lehrkräfte für Gutachten und Fachstudien für die deutschen Träger von Entwicklungshilfeprojekten freigestellt. Diese Beurlaubungen und Freistellungen stellen einen wichtigen Beitrag zur deutschen Entwicklungspolitik dar.

Berufliche Schulen des Landes führen zudem im Rahmen von Schulpartnerschaften mit Entwicklungsländern seit vielen Jahren eine Nachbetreuung ehemaliger Projekte der Entwicklungszusammenarbeit des Landes (Wirtschaftsministerium) durch. Sie tragen damit zur Sicherung der Nachhaltigkeit dieser Projekte bei. Derzeit werden jährlich 14 bis 17 solcher Einzelmaßnahmen in 11 Entwicklungsländern finanziell gefördert. In den letzten 10 Jahren wurden für diesen Bereich rund 493.000,- € zur Verfügung gestellt. Ein nicht unerheblicher Anteil der bei den Maßnahmen entstehenden Kosten wird von den beruflichen Schulen selbst getragen, z. B. durch den kostenlosen Einsatz von Lehrkräften beruflicher Schulen bei Schulungsmaßnahmen.

Wesentliches Instrument der Schulpartnerschaften ist die Fortbildung von Lehrkräften der Partnerinstitution vor Ort oder an der Partnerschule in Baden-Würt-

temberg. Technische Beratung bei der Lehrplanentwicklung und Ausrüstungsbeschaffung stellt ebenfalls ein Kooperationsbereich dar.

In den vergangenen 10 Jahren wurden bspw. folgende Aktivitäten im Bereich der Internationalen Schulpartnerschaften in der Entwicklungszusammenarbeit durchgeführt:

- Schulung von Lehrkräften der Partnerländer an deutschen Schulen,
- Technologietransfer in die Partnerländer, teilweise Schulungen für Lehrer vor Ort,
- „Lernen im Lernfeld“ als Schwerpunkt im methodisch-didaktischen Bereich, Verbreitung des Lernfeldgedankens in den Partnerländern, Neuordnung der Berufe,
- Projekte zur Stärkung des Umweltgedankens in den Partnerländern sowie
- Besuche von Bildungsfachkräften der Partnerschulen.

Der Einsatz der Kurzzeitexperten in den Entwicklungsländern erfolgt in der Regel in einem zeitlichen Umfang von bis zu drei Wochen während den unterrichtsfreien Zeiten. Vom Land werden für derartige Kurzzeiteinsätze bei Landesprojekten keine finanziellen Forderungen erhoben. Die vom Land eingesetzten Kurzzeitexperten erhalten während ihres Auslandsaufenthaltes den im gesetzlichen Rahmen vorgesehenen Dienstunfallschutz, d. h. nur die originär mit der Dienstaufgabe im Zusammenhang stehenden Tätigkeiten sind geschützt.

Darüber hinaus ermöglicht das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport berufsbildende Stipendien für Angehörige aus Entwicklungsländern, die in Zusammenarbeit mit InWEnt durchgeführt werden, sowie Sprachkurse, die an den baden-württembergischen Inlandsinstituten des Goethe-Instituts durchgeführt werden.

Zudem vertritt eine Mitarbeiterin des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport als stellvertretende Vorsitzende im Aufsichtsrat von InWEnt in Vertretung des Gesellschafters DSE (Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung) die Länder der Bundesrepublik Deutschland. InWEnt bietet jährlich rund 55.000 Menschen Bildungs-, Austausch- und Dialogprogramme an. Die Angebote richten sich an Fach- und Führungskräfte sowie an Entscheidungsträger in Wirtschaft, Politikverwaltung und Zivilgesellschaft. Baden Württemberg ist damit an einer entscheidenden Stelle positioniert und kann auch so, unabhängig von finanziellen Leistungen, auf die Effektivität und Wirkung entwicklungspolitischer Maßnahmen Einfluss nehmen. Die Mietkosten für die Räumlichkeiten von InWEnt Mannheim (früher ZGB, Zentralstelle für Gewerbliche Berufsförderung) im Umfang von jährlich rund 125.000,- € werden seit jeher vom Land, derzeit aus dem Einzelplan 12, übernommen.

Darüber hinaus ist das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport mit fünf weiteren Ländern der Bundesrepublik im Stiftungsrat der DSE vertreten. Auch hier ist eine Mitarbeiterin des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport stellvertretende Vorsitzende des Stiftungsrates. Die DSE pflegt die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Länder zu anderen Staaten auf der Grundlage eines gegenseitigen Erfahrungsaustauschs im Bereich der nachhaltigen Entwicklung. Vor dem Hintergrund dieser Aufgabenstellung führt sie nicht nur eigene Maßnahmen in der Entwicklungszusammenarbeit durch, sondern auch solche in Kooperation mit InWEnt oder einzelnen Ländern. Eine Kooperationsmaßnahme mit Baden-Württemberg ist für 2007 geplant.

Im Einzelplan 04 (Kap. 0441) waren in den letzten 10 Jahren folgende Haushaltsansätze für „Entwicklungshilfe“ des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport ausgewiesen:

Haushaltsjahr	Gesamtjahresansatz
1997	2.092.500 DM
1998	1.951.200 DM
1999	2.035.500 DM
2000	2.156.200 DM
2001	2.157.700 DM
2002	1.018.200 €
2003	1.044.000 €
2004	994.700 €
2005	952.500 €
2006	955.700 €

– Wirtschaftsministerium:

Die Entwicklungszusammenarbeit des Wirtschaftsministeriums bestand in den vergangenen Jahren überwiegend aus wirtschaftsnahen Projekten der technischen Zusammenarbeit in den Bereichen berufliche Bildung, Privatwirtschaftsförderung sowie Umwelt- und Ressourcenschutz. Dabei strebte das Wirtschaftsministerium zunehmend eine Verknüpfung seines Engagements auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit mit seinem außenwirtschaftlichen Engagement an, also eine wirtschaftsbezogene Entwicklungszusammenarbeit mit Nutzen auch für die baden-württembergische Wirtschaft.

Beispielhaft für zahlreiche Projekte dieser Art sollen die folgenden in Brasilien und Chile genannt werden.

Seit 1993 unterstützt das Wirtschaftsministerium den Aufbau des Nationalen Technologiezentrums für Holz und Möbelbau (CETMAM) im südbrasilianischen Bundesstaat Parana. Der Träger dieses Zentrums ist der in Brasilien für die industrielle Berufsausbildung zuständige Servico Nacional de Aprendizagem Industrial (SENAI). Die Hauptaufgaben des Technologiezentrums sind die Beratung der brasilianischen Möbelindustrie bei der Einführung moderner Technologien sowie die Qualifizierung von brasilianischen Fachkräften in Aus-, Fort- und Weiterbildungskursen.

Der Beitrag des Wirtschaftsministeriums bestand zunächst darin, die Werkstätten und Labors technisch auszustatten sowie die brasilianische Seite in den Bereichen Technologietransfer, fachpraktischer Unterricht, Betriebsberatung und Schul- und Unterrichtsorganisation zu beraten. Im Laufe der Zeit hat sich eine immer stärkere Partnerschaft entwickelt. So wird seit 2005 ein von dem Centrum für Internationale Migration (CIM) entsandter „integrierter Experte“ gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium finanziert. Er unterstützt das CETMAM bei der Erweiterung auf vier Standorte mit den Schwerpunkten Innenausbau, Möbelserienfertigung, Fenster- und Türenbau und Handwerk. Zudem berät er die Verantwortlichen bei der Lehrplanentwicklung für Kurse und Trainingsmaßnahmen sowie die pädagogische, didaktische und methodische Fort- und Weiterbildung der lokalen Lehrer.

Gleichfalls in Brasilien, dem nordöstlichen Bundesstaat Bahia, unterstützt unter Mitfinanzierung des Wirtschaftsministeriums seit 2005 ein weiterer CIM-Experte das Technologiezentrum für Werkzeug- und Formenbau (CIMATEC) des SENAI beim Aufbau eines sektoralen Clusters.

In Santiago de Chile erfolgt seit 1993 die Aus- und Fortbildung von Facharbeitern in den Bereichen Industriemechanik, Werkzeugbau, Elektrotechnik/Elektronik und Konstruktionsmechanik an der Deutsch-Chilenischen Technischen Sekundarschule in Nunoa/Santiago de Chile. Daneben wird eine Aus- und Fortbildung von Lehrkräften, eine Beratung der Schulleitung sowie eine Betriebsberatung durchgeführt. Ein im Jahr 2005 beauftragter CIM-Experte unterstützt zudem – wiederum unter Mitfinanzierung des Wirtschaftsministeriums – den Aufbau eines Mechatronik-Ausbildungsganges an der Schule.

Bei den genannten Projekten, welche zu Beginn ausschließlich auf die Unterstützung der beruflichen Bildung im Sinne der klassischen Entwicklungszusammenar-

beit ausgerichtet waren, erfolgte in den letzten Jahren durch die Einrichtung baden-württembergischer Fachinformationszentren zusätzlich eine außenwirtschaftliche Orientierung. Die Fachinformationszentren, die von den jeweiligen CIM-Experten geleitet werden, vermitteln interessierten baden-württembergischen Unternehmen nicht nur nützliche Informationen vor Ort und bieten bestimmte Serviceleistungen an. In ihnen können interessierte baden-württembergische Unternehmen auch ihre Maschinen-, Werkzeug- und Laborausstattung präsentieren und damit Kunden werben. Damit wird mit den genannten Projekten sowohl ein wesentlicher Beitrag zur nachhaltigen industriellen Entwicklung vor Ort als auch zur mittelfristigen Erhöhung der Exportchancen für die baden-württembergische Wirtschaft geleistet.

Inländisch leistete das Wirtschaftsministerium einen erheblichen entwicklungspolitischen Beitrag durch die Finanzierung der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit (SEZ). Es führte seit ihrer Gründung im Jahr 1991 der SEZ jährliche Finanzierungsbeiträge in Höhe von 306.775,- € zu, auf deren Grundlage sie ihrer Aufgabe der Unterstützung der Aktivitäten baden-württembergischer Nicht-Regierungsorganisationen sowie der entwicklungspolitischen Bewusstseinsbildung nachkommen konnte. Im Januar 2007 wurde das Stiftungskapital in Höhe von 4.090.335,- € seitens des Wirtschaftsministeriums voll eingezahlt.

Zudem unterstützte das Wirtschaftsministerium in den vergangenen Jahren weitere Maßnahmen der Informations- und Bildungsarbeit in Baden-Württemberg. So förderte es das Studienbegleitprogramm für Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika (STUBE), das ASA-Programm (Programm Arbeits- und Studienaufenthalte für Studierende und junge Berufstätige aus Afrika, Asien und Lateinamerika) sowie die Ausstellung „Unteilbare Eine Welt“.

Im Einzelplan 07 (Kapitel 0702, Titelgruppe 81) waren in den letzten 10 Jahren folgende Haushaltsansätze für „Entwicklungszusammenarbeit“ des Wirtschaftsministeriums ausgewiesen:

Haushaltsjahr	Gesamtjahresansatz
1997	9.839.500 DM
1998	8.160.900 DM
1999	7.891.100 DM
2000	7.794.000 DM
2001	7.805.000 DM
2002	2.795.600 €
2003	1.738.600 €
2004	1.211.200 €
2005	894.600 €
2006	695.500 €

– Umweltministerium:

Das Umweltministerium sieht seinen Förderungsschwerpunkt im Rahmen der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern auf dem Gebiet des Umwelt- und Ressourcenschutzes. Vergangene wie gegenwärtige Projekte orientieren sich an den zentralen ökologischen Fragestellungen Klimaschutz, Energie- und Wasserversorgung sowie Abwasserentsorgung.

Ein wichtiges entwicklungspolitisches Vorhaben vor dem Hintergrund dieser Aufgabenstellung war seit dem Jahr 2001 die Unterstützung und Mitwirkung bei der Planung, Errichtung und Inbetriebnahme einer Referenzkläranlage in der Stadt Fuxin, gelegen in der chinesischen Partnerprovinz des Landes Baden-Württemberg Liaoning. Das Umweltministerium vermittelte hier nicht nur einen Kreditvertrag zwischen der Stadt Fuxin und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in Höhe von rund 7 Mio. €. Eine wesentliche Komponente der baden-württembergischen Mitwirkung war auch die Schulung des Kläranlagenpersonals. Mit der Universität Stuttgart, Institut für Siedlungswasserbau, Wassergüte- und Abfallwirtschaft, wurde ein besonders abgestimmtes Schulungsprogramm entwickelt. Vertreter des künftigen Kläranlagenpersonals wurden im Frühjahr 2005

an der Universität Stuttgart, unter anderem an dem dortigen Lehrklärwerk, geschult. Eine weitergehende Schulung des Personals durch baden-württembergische Fachleute soll im Anschluss an die Inbetriebnahme der Kläranlage erfolgen, um nochmals vor Ort gezielt Defizite beim Kläranlagenpersonal und beim Management abzubauen. Diese Schulung wird voraussichtlich Ende 2007 und im Frühjahr 2008 stattfinden. Das finanzielle Engagement des Umweltministeriums für das Projekt beläuft sich auf rund 300.000 €.

Gleichfalls in der Partnerprovinz Liaoning wird gegenwärtig auf Initiative des Umweltministeriums unter Mitwirkung des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme (ISE) in Freiburg sowie baden-württembergischer Architekten und Baustoffhersteller eine Energiesparsiedlung errichtet. Die Vorplanungen zu dem Projekt begannen im Jahr 2004, die Bauten werden voraussichtlich Ende 2008 fertig gestellt sein. Für die Ingenieur- und Beratungsleistungen aus Baden-Württemberg hat das Umweltministerium rund 130.000 € eingesetzt.

Für zwei Symposien zu energieeffizientem Bauen sowie einem Symposium auf abfallwirtschaftlichem Gebiet in der Partnerprovinz Liaoning und der weiteren Partnerprovinz Jiangsu hat das Umweltministerium in den zurückliegenden Jahren zudem insgesamt 101.000,- € aufgewendet.

In Sri Lanka wurde durch das Umweltministerium eine Machbarkeitsstudie für den Aufbau eines Abwassersammelsystems im Zuge eines neu geplanten großen Industriegebiets unterstützt. Die Aufwendungen für das in den Jahren 2002/03 durchgeführte Projekt lagen bei rund 40.000 €. Das Projekt konnte in Folge der schwierigen finanziellen und politischen Situation in Sri Lanka von den dortigen Stellen nicht weiterverfolgt werden.

Im Haushalt des Umweltministeriums sind keine speziellen Ansätze für Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit vorgesehen. Die eingesetzten Mittel resultierten aus Kapitel 1002 Titelgruppe 86 „Umweltprogramme zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung“.

– Ministerium für Arbeit und Soziales:

Im Zeitraum bis einschließlich 2003 wurden vom Ministerium für Arbeit und Soziales überwiegend Maßnahmen von Nicht-Regierungsorganisationen gefördert. Im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel erfolgte schwerpunktmäßig eine Förderung von Projekten, welche der Verbesserung der basismedizinischen Versorgung in den ärmsten Ländern, insbesondere Afrikas, dienen. Dazu gehörte die Unterstützung von Projekten zur Ausstattung von Krankenhäusern im ländlichen Raum, Gesundheitsstationen und anderer Stellen der ambulanten oder stationären Versorgung. Darüber hinaus wurden auch Lieferungen von Medikamenten und sonstigen medizinischen Verbrauchsmaterialien und Hilfsmitteln, die fachliche Beratung von Ärzten, Pflegepersonal und Krankenhaustechnikern, Apothekern und Krankenhausverwaltungen sowie Projekte zur gesundheitlichen Aufklärung und Familienhilfe im Rahmen der allgemeinen medizinischen Versorgung gefördert.

Die Haushaltsansätze für Entwicklungszusammenarbeit haben sich seit 1997 wie folgt entwickelt:

Haushaltsjahr	Gesamtjahresansatz
1997	200.000 DM
1998	100.000 DM
1999	100.000 DM
2000	74.600 DM
2001	74.100 DM
2002	38.200 €
2003	38.200 €
2004	0 €
2005	0 €
2006	0 €

Aus der Tabelle wird ersichtlich, dass dem Ministerium für Arbeit und Soziales seit 2004 keine Mittel für Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit mehr zur Verfügung stehen.

– Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum:

Das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum hat in den vergangenen zehn Jahren auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit drei Projekte unterstützt. So wurde im Jahr 2001 ein Zuschuss zur anteiligen Finanzierung der Beschaffung eines Traktors durch die Diözese Rottenburg-Stuttgart für ein Projekt der Selbsthilfegruppe „Distrikt Shimoga“ in Karnataka/Indien in Höhe von 6.646,79 € gewährt. Ferner hat es in den Jahren 2000 bis 2003 zwei Projekte der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg in Beforona/Madagaskar mit zusammen 10.737,13 € unterstützt. Es wurden hier ökologisch und sozial angepasste Strategien für eine Ernährungsberatung sowie die Verbesserung der vor Ort angetroffenen Anbautechniken (Anbau neuer Gemüsearten und Verstärkung des Ingweranbaus, Anlage von Erosionsschutzhecken etc.) erarbeitet.

10. welche Rolle die Entwicklungszusammenarbeit in den einzelnen Ressorts innehat und wie sie koordiniert und abgestimmt wurde;

Die finanziell stärkste Rolle nimmt die Entwicklungszusammenarbeit im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst ein. Der durchschnittliche Haushaltsmittelansatz lag hier seit dem Jahr 2003 bei 2,3 Mio. € jährlich. Beim Ministerium für Kultus, Jugend und Sport waren es seit 2002 durchschnittlich 993.000,- €. Dazu kommt die Vertretung an prominenter Stelle in überregionalen Gremien. Damit hat die Entwicklungszusammenarbeit auch hier nach wie vor eine bedeutende Rolle inne. Demgegenüber hat die Entwicklungszusammenarbeit im Wirtschaftsministerium eine Funktionsverlagerung erfahren. Mit der Einzahlung des Kapitalstocks der SEZ wurde die Arbeit der Stiftung, die dem Geschäftsbereich des Wirtschaftsministeriums zugeordnet ist, auf eine nachhaltige, stabile finanzielle Grundlage gestellt. Der Haushaltsansatz des Wirtschaftsministeriums wurde im Gegenzug zurückgesetzt. Das Umweltministerium leistet vereinzelt entwicklungspolitische Beiträge durch gezielte Projekte. Im Ministerium für Arbeit und Soziales sowie im Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum spielt die Entwicklungszusammenarbeit eher eine untergeordnete Rolle.

In den aktiven Ressorts geschieht die interne Koordination durch das jeweils federführende Referat (in der Regel das für die internationale Zusammenarbeit zuständige Referat). Die ressortübergreifende Koordination und Abstimmung erfolgt im „Interministeriellen Ausschuss für Fragen der Außenwirtschaft und der Entwicklungszusammenarbeit“, welcher auf Initiative des Wirtschaftsministeriums als Koordinierungsstelle der Landesregierung für Fragen der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern im Jahr 2003 eingerichtet wurde und seither einmal jährlich tagt.

V. Projekte der Entwicklungszusammenarbeit des Bundes und der Europäischen Union

11. welche Projekte der Entwicklungszusammenarbeit durch welche Träger aus Baden-Württemberg mit Unterstützung des Bundes oder der Europäischen Union in den vergangenen zehn Jahren durchgeführt wurden;

Im Ressortbereich des Innenministeriums wurden in den vergangenen Jahren keine eigenen Projekte der Entwicklungszusammenarbeit im Sinne der Nr. 9 und 10 der Großen Anfrage betrieben. Es wurden allerdings Projekte mit Unterstützung des Bundes oder der Europäischen Union durchgeführt.

So übernahmen das Innenministerium und die Polizei des Landes Baden-Württemberg im Rahmen des PHARE-Twinning-Projektes der Europäischen Union Projekte in eigener Zuständigkeit und Verantwortung. Das PHARE-Twinning-Programm wurde 1989 eingeführt, um die neuen und künftigen EU-Mitgliedstaaten sowie die Türkei als privilegierte Partner an die Standards der Europäischen

Union in den Bereichen Justiz/Inneres, Landwirtschaft, Finanzen und Umwelt heranzuführen. Das Innenministerium beteiligt sich hieran seit 1999 im Bereich Justiz/Inneres. In diesem Zusammenhang führte es das Projekt „Verstärkung des Kampfes gegen die Organisierte Kriminalität“ von März 2004 bis Ende November 2005 sowie das Projekt „Verstärkung des Kampfes gegen Geldwäsche, Finanzquellen der Kriminalität und Terrorismusfinanzierung“ von April 2005 bis April 2007 in der Türkei durch. Die beiden Projekte wurden von der Europäischen Union mit 1,1 Mio. € und 1,2 Mio. € unterstützt.

Im Rahmen des Stabilitätspaktes für Südosteuropa, welcher im Jahr 1999 zustande kam, beteiligte sich das Innenministerium an dem Teilprojekt „Förderung und Entwicklung der Kriminalprävention“ des Bundes. Die Beteiligung erfolgte unter anderem durch Hospitationen und Fortbildungsseminare kroatischer Delegationen in Baden-Württemberg sowie die Errichtung von drei Präventionszentren in Zagreb, Varazin und Grad Bjelovar durch Experten der baden-württembergischen Polizei. Die Kosten hierfür wurden vom Bundesministerium des Inneren getragen.

Schließlich beteiligte sich das Innenministerium seit 1994 an internationalen Polizeimissionen des Bundes, bei denen Aufbauhilfe geleistet wird. So sind aktuell 25 Polizeivollzugsbeamten aus Baden-Württemberg an Auslandsmissionen der Europäischen Union und der Vereinten Nationen beteiligt, unter anderem in den Entwicklungsländern Bosnien-Herzegowina, Sudan, Liberia und Afghanistan.

Im Ressortbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst werden nach einer Umfrage von den Universitäten Heidelberg, Hohenheim, Konstanz, Stuttgart und Tübingen Projekte durchgeführt, die aus Mitteln der Europäischen Union, des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der Deutschen Forschungsgemeinschaft, des Deutschen Akademischen Austausch Dienstes und anderen Geldgebern finanziert werden.

Laut dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) wurden darüber hinaus seit 1997 74 Entwicklungsprojekte von Nicht-Regierungsorganisationen aus Baden-Württemberg mit finanzieller Unterstützung des Bundes durchgeführt. Wie viele baden-württembergische Nicht-Regierungsorganisationen Mittel von der Europäischen Union erhielten, ist nicht feststellbar. Nach den Jahresberichten von bengo (Beratungsstelle für private Träger in der Entwicklungszusammenarbeit in Bonn), welche für die Bearbeitung solcher Anträge Unterstützung bietet, lässt sich lediglich ein jährlicher Durchschnittswert von 15 Anträgen bundesweit ermitteln. Die Projekte im Einzelnen sind der Landesregierung nicht bekannt.

VI. Perspektiven der Entwicklungszusammenarbeit

12. welche zukünftigen Schwerpunkte die Landesregierung im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit in den nächsten Jahren umsetzen will und welche Finanzierungsmittel hierfür zur Verfügung stehen;

Die Vertiefung der Beziehungen zu den Entwicklungsländern bildet einen wichtigen Teil der Außenbeziehungen Baden-Württembergs. Auch für die Zukunft bekennt sich das Land deutlich zu seiner Verantwortung, die sich hieraus ergibt. Wie in der Koalitionsvereinbarung für die 14. Legislaturperiode des Landtages von Baden-Württemberg für die Entwicklungszusammenarbeit beschlossen, werden Aspekte, die sich aus Globalisierungs- und Nachhaltigkeitsfragen ergeben, berücksichtigt.

Einen landesspezifischen Schwerpunkt sieht die Landesregierung dabei auch künftig in bildungspolitischen Maßnahmen. Sie fügen sich gut in den Rahmen ein, der durch die Entwicklungspolitik des Bundes und der Europäischen Union vorgegeben wird. Daneben wird auch das Thema Umwelt- und Ressourcenschutz weiterhin eine bedeutende Rolle spielen.

Die Umsetzung der entwicklungspolitischen Zielsetzungen wird – wie in anderen Politikbereichen auch – derzeit entscheidend vom übergeordneten Ziel der Haushaltskonsolidierung bestimmt. Die Einsparerfordernisse früherer Jahre und beim

Landeshaushalt 2007/2008 haben sich deshalb auch auf den Bereich der Entwicklungszusammenarbeit ausgewirkt. Dennoch wird die Landesregierung ihrer entwicklungspolitischen Verantwortung gerecht.

So soll die wissenschaftliche Kooperation mit Entwicklungsländern im Hochschul- und Forschungsbereich im Haushaltsjahr 2007 auf dem bisherigen Niveau fortgesetzt werden. Im Haushaltsplan des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst sind hierfür im Haushaltsjahr 2007 rund 2,3 Mio. € veranschlagt.

Auch sollen die Schwerpunkte im schulischen und außerschulischen Bildungsbereich – Förderungsschwerpunkt des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit weiterverfolgt und gestärkt werden. Der geltende Haushaltsplan sieht hierfür im Jahr 2007 einen Haushaltsansatz in Höhe von 1.200.800,- € vor und für 2008 einen Haushaltsansatz in Höhe von 1.130.800,- €. Weiterhin wird auch im überregionalen Bereich die Vertretung in den Gremien, insbesondere von InWEnt und DSE, durch dieses Ressort fortgeführt.

Das Wirtschaftsministerium wird im Rahmen der Förderung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen die wirtschaftliche Kooperation mit Entwicklungsländern fortsetzen. Für 2007 sind dafür ca. 230.000,- € vorgesehen. Neue Entwicklungsprojekte im Bereich der technischen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern sind künftig nicht mehr geplant und aus Sicht der Landesregierung im Hinblick auf die umfangreichen Aktivitäten der Bundesregierung und der internationalen Entwicklungsorganisationen auch nicht mehr erforderlich.

Schließlich wird das Umweltministerium im Rahmen der Förderung von Umweltprogrammen zur nachhaltigen Entwicklung die laufenden Projekte in China fortführen bzw. abwickeln.

Die Landesregierung hält nach wie vor im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit neben den Aktivitäten von Regierungsstellen zivilgesellschaftliches Engagement für äußerst bedeutsam. Deswegen sieht sie auch künftig in der Unterstützung von Projekten baden-württembergischer Nicht-Regierungsorganisationen durch die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg eine wichtige Aufgabe. Zudem wird über die Stiftung die nach Auffassung der Landesregierung ebenfalls bedeutsame entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit in Baden-Württemberg in Zukunft fortgesetzt.

13. inwieweit Aspekte der Entwicklungszusammenarbeit, der Globalisierung und Nachhaltigkeitsfragen in künftige Strategien und Handlungen einfließen;

Nachhaltigkeitsfragen fließen in die im Jahre 2006 initiierte und landesweit angelegte Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württembergs ein, mit welcher zugleich ein übergreifender Beitrag zur nationalen und Europäischen Nachhaltigkeitsstrategie (resultierend aus dem Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg im Jahre 2002) geleistet werden soll. Die Europäische Nachhaltigkeitsstrategie sieht ein Hauptziel in der Wahrnehmung der internationalen Verantwortung, auch gegenüber Entwicklungsländern. So sollen Anstöße zur Schaffung demokratischer Einrichtungen weltweit auf der Grundlage von Frieden, Sicherheit und Freiheit gegeben werden. Zudem soll die nachhaltige Entwicklung in der ganzen Welt gefördert und gewährleistet werden, sodass die innen- und außenpolitischen Maßnahmen der Europäischen Union mit der globalen nachhaltigen Entwicklung und mit den eingegangenen internationalen Verpflichtungen im Einklang stehen.

Darüber hinaus findet der Gesichtspunkt der nachhaltigen Entwicklung auch im Rahmen der Zusammenarbeit Baden-Württembergs mit Europäischen Regionen Berücksichtigung. Ein Beispiel hierfür ist die gemeinsame Erklärung der „Vier Motoren für Europa“ sowie der Regionen Wales und Flandern zu „Nachhaltiger Entwicklung und Umwelttechnologien im Mittelmeerraum“ vom 16. Januar 2006. In dieser Erklärung haben die genannten Regionen, welche maßgeblich auf den Ebenen Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung und Umwelt seit vielen Jahren kooperieren, orientiert am Mittelmeerraum gemeinsam ihr verantwortungsbewusstes Handeln im Bereich der ökologischen Beschaffung von Waren und Dienstleistun-

gen sowie das gemeinsame Engagement im Umweltbereich und der nachhaltigen Entwicklung in den Vordergrund gestellt.

Aspekte der Entwicklungszusammenarbeit sind in den Bildungsplänen an geeigneten Stellen verankert. Am 15. Juni 2007 hat die Kultusministerkonferenz einen „Orientierungsrahmen für den Lernbereich globale Entwicklung im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung“ verabschiedet. Dieser Orientierungsrahmen greift fachorientiert aktuelle Themen der Entwicklungszusammenarbeit auf und macht Vorschläge zur Behandlung im Unterricht. Der Orientierungsrahmen berücksichtigt u. a. auch die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Der Orientierungsrahmen wendet sich an Didaktiker, Lehrplanentwickler oder Fortbildner, kann aber auch Lehrkräften für den Unterricht Informationen bieten.

Im Kontext der Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung 2005 bis 2014“ werden in vielfältiger Weise Aspekte der Entwicklungszusammenarbeit, der Globalisierung und Nachhaltigkeitsfragen in Strategieprozesse und konkreten Handlungen eingebunden.

Fragen der Nachhaltigkeit, der Globalisierung und des Globalen Lernens spielen im Rahmen der UN-Dekade insbesondere unter inhaltlichen Aspekten eine entscheidende Rolle. Ziel der Dekade ist es, durch Bildungsmaßnahmen zur Umsetzung der 1992 in Rio beschlossenen und 2002 in Johannesburg bekräftigten Agenda 21 (Kapitel 36) beizutragen und die Prinzipien nachhaltiger Entwicklung weltweit in den nationalen Bildungssystemen zu verankern.

Bei der Konkretisierung dieser bildungspolitischen Zielsetzung wurde beispielsweise im Jahr 2006 das Netzwerk „Nachhaltigkeit lernen“ gegründet. Dieses Netzwerk setzt sich aus staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen zusammen. Aus dem entwicklungspolitischen Bereich sind die folgenden Akteure eingebunden: Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB), Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit (SEZ) und der Landesarbeitskreis Schule für Eine Welt (LAK).

14. wie diese Maßnahmen unter Beteiligung der oben genannten Akteure koordiniert und abgestimmt werden sollen;

Die künftigen Maßnahmen auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit sollen wie bisher durch die Koordinierungsstelle der Landesregierung für Fragen der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern koordiniert und abgestimmt werden.

15. welche besondere Verbindung zwischen Baden-Württemberg und dem afrikanischen Land Burundi besteht und ob die Zusammenarbeit nach der Beendigung der innenpolitischen Krise künftig einen besonderen Schwerpunkt erhalten soll.

Bis zum blutigen Umsturz und der Ermordung des ersten demokratisch gewählten Präsidenten Ndadaye und weiterer führender demokratisch legitimierter Mandatsträger 1993 gab es Kontakte zur Republik Burundi, die durch Projekte der Landesregierung wie auch durch zahlreiche Projekte baden-württembergischer Initiativen begleitet wurden. Aus Sicherheitsgründen musste die Landesregierung die in ihre Projekte entsandten Experten zurückziehen. Offizielle Kontakte der Landesregierung mit Burundi bestehen seither nicht und sind auch nicht geplant. Auf kirchlicher und privater Ebene wurden Kontakte und Partnerschaften weiterhin gepflegt und humanitäre Unterstützung auch unter den schwierigen Bedingungen geleistet. Hierbei hat insbesondere auch die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg Hilfestellung gegeben. Sie initiierte 1995 das Ländertreffen Burundi, dessen Teilnehmerkreis sich aus allen Burundi-Engagierten zusammensetzt und der bis heute sehr aktiv ist, und unterstützte in den nachfolgenden Jahren spezielle Projekte von Nicht-Regierungsorganisationen.

Die Konzentration der entwicklungspolitischen Maßnahmen auf ein einziges Entwicklungsland erscheint aus heutiger Sicht für Baden-Württemberg nicht angebracht. Eine solche Konzentration würde der traditionell sehr starken internationalen Verflechtung der baden-württembergischen Wirtschaft und Gesellschaft nicht gerecht werden. Aufgrund dessen ist seitens der Landesregierung nicht vorge-

sehen, Burundi in der Entwicklungszusammenarbeit einen besonderen Schwerpunkt zu verleihen.

Pfister

Wirtschaftsminister